



# Göttinger Institut für Demokratieforschung

## Indes

### *Wissenschaftliches Debattenforum für Politik und Gesellschaft*

hrsg. vom Göttinger Institut für Demokratieforschung

### **1. Die Ausgangslage**

Das Problem der derzeit bestehenden politikwissenschaftlichen Zeitschriften ist schnell benannt: Sie werden nicht sonderlich beachtet. Wir beabsichtigen daher die Gründung einer neuen Zeitschrift, die auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse argumentiert, dabei aber nicht nur den internen politologischen Diskurs voranbringt, sondern ebenso einen Teil der öffentlichen Debatte durchwirkt. Eben daran ermangelt es den etablierten Periodika. Rezipiert werden diese allenfalls im Binnenraum der akademischen Fachwelt. Unter den politischen Praktikern nimmt sie dagegen oft kaum jemand zur Kenntnis. Ob bei Politikern oder ihren Mitarbeitern, in der Ministerialbürokratie oder bei jenen professionell die Politik deutenden Journalisten, Beratern und Thinktanks – eine Lektüre der Texte politikwissenschaftlicher Journale findet hier nicht systematisch statt, gilt oft als überflüssige Zeitverschwendung, wirkt nachgerade verhöhnt.

Auch in den Lektoraten der Wissenschaftsverlage wird die Kluft zwischen wissenschaftlichen Forschungen auf der einen sowie den Fragestellungen und Informationsbedürfnissen der politischen Praktiker auf der anderen Seite registriert. Beide Seiten reden gründlich aneinander vorbei. Und die Probleme gerade der Redaktionen der politischen Ressorts überregionaler Zeitungen mit den Universitätspolitologen erscheinen oftmals durchaus nachvollziehbar: Die Konzentration der letzteren auf die quantitative Beweisführung wissenschaftlicher Thesen, seien sie auch allein mit dem wachen Alltagsverstand unschwer erklärbar,

führt bisweilen zu seltsamen Blüten. So wurden auf dem letztjährigen Politologentag in Kiel im Herbst 2009 einen Vormittag lang die wahrscheinlichsten Koalitionsvarianten nach der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl diskutiert. Der politologische Schluss war, dass aufgrund diverser Indikatoren und statistischer Berechnung ein schwarz-gelbes Bündnis bzw. – sofern es für diese Variante nicht reichen sollte – eine Wiederauflage der Großen Koalition zu erwarten seien.

Die wechselseitigen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Wissenschaft und politischen Journalisten basieren auf Einseitigkeiten der einen wie der anderen. Während die Medien mit Vorliebe personalisieren, dagegen Strukturen vernachlässigen, rekurren Politikwissenschaftler zumeist auf überpersonale Prozesse und „Determinanten“, worüber sie das Eigengewicht individueller Führungskraft, auch der Kontingenz ausblenden. Die gegenseitige Sprachlosigkeit rührt aber zum Teil zudem aus dem Unvermögen der Politikwissenschaft her, ihre Erkenntnisse in die Öffentlichkeit zu vermitteln, und das bedeutet auch: auf die Verständlichkeit, ja Imagination und Anschaulichkeit der Darstellung zu achten, die Resultate der Forschung lebendig zu präsentieren, meinungsfreudig Stellung zu beziehen, Argumente zu pointieren und zuzuspitzen. Dabei sollte es doch eigentlich selbstverständlich sein, dass sich die öffentlich finanzierte Lehrstuhlpolitologie an der Aufgabe beteiligt, in der Bevölkerung die Kenntnis der politischen Institutionen zu verbessern, über den notwendigen Kompromisscharakter politischer Entscheidungen aufzuklären und durch die Mehrung politischen Wissens zur Stabilisierung der Demokratie beizutragen. Gerade in Zeiten der allgemein beklagten „Politikverdrossenheit“ sollte das akademische Wissen genutzt werden, gängige Fehlteile über „die Politik“ zu korrigieren, mehr noch: mittels anregender Beiträge gewissermaßen öffentliche politische Bildung zu betreiben.

Diese Bereitschaft ist vielfach unterentwickelt. Es ist für die meisten Politik- und Sozialwissenschaftler geradezu verpönt, Ergebnisse ihrer Forschungen vermittelbar zu machen, auf Praxisbezüge auch nur zu achten. Darüber hinaus würde eine wirkungsvolle Einmischung in brennende politische Streitfragen aber selbst bei grundsätzlicher Bereitschaft zur Intervention an der Langsamkeit politikwissenschaftlicher Stellungnahmen scheitern. Bisher jedenfalls ist es so: Bis politische Entwicklungen ihren Niederschlag in den politikwissenschaftlichen Zeitschriften finden, dauert es meistens ein bis zwei Jahre. Auch die politisch

interessierte Öffentlichkeit ist zu diesem Zeitpunkt lange darüber hinweg und mittlerweile mit ganz anderen Diskussionen befasst.

## **2. Das Vorhaben**

Bei der neu zu gründenden Zeitschrift wird es also darum gehen, erstens die universitäre Abkapselung zu überwinden und zweitens auch für politische Praktiker bereichernd zu sein. Forschungsergebnisse sollen nachvollziehbar, möglichst spannend und interessant präsentiert und nicht zuletzt nutz- und handhabbar gemacht werden, ohne dass dadurch die Argumentationen trivialisiert oder verkürzt würden. Drittens verbindet sich mit der Zeitschriftengründung die Absicht, die Debattenlandschaft mit Beiträgen zu zentralen politischen Problemstellungen zu bereichern und relevante politische Kontroversen unmittelbar und zugleich fundiert abzubilden. Bislang werden Kommentierung und Interpretation aktueller politischer Entwicklungen weitgehend den eher journalistischen Tages- und Wochenzeitschriften überlassen. Aufgabe der neuen Zeitschrift wäre es somit, diese zwar aktuellen, aber manchmal weniger tief reichenden Deutungen wissenschaftlich zu „unterfüttern“ bzw. zu modifizieren, vorschnelle Medienurteile zu korrigieren; auch Aktualitätsbezug und damit Bedeutung herzustellen, ohne sich vollkommen einer kurzfristigen, rein situativen Taktung zu unterwerfen. Gleichzeitig soll sich die Zeitschrift auszeichnen durch unerwartete, eben nicht automatisch dem journalistischen oder wissenschaftlichen „Mainstream“ nacheifernde Interpretationen. Hier soll kontrafaktisch gedacht werden, eben die „originelle Alternative“ ihren Platz finden, sollen auch stilistisch und in der Form neue Wege der Vermittlung von Wissenschaft gesucht werden. Kurzum: Etabliert werden soll eine Zeitschrift, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, welche aber gleichzeitig die interessierte Öffentlichkeit und einen großen Teil der politischen Praktiker aus dem Umfeld von Parteien, Parlamenten und Ministerialbürokratie anspricht.

## **3. Die Kriterien**

Hierzu müsste sich die Zeitschrift durch folgende Merkmale auszeichnen: Zunächst sollte der Stil, in dem die Beiträge verfasst sind, Interesse wecken, neugierig machen und Lesefreude bereiten – die Frage, warum ein Beitrag lesenswert sei, sollte nicht automatisch hinter rein fachlichen Begründungslogiken zurückstehen, sondern den Autor verpflichten, seine Ausführungen so zu präsentieren, dass die Lektüre in

jeglicher Hinsicht gewinnbringend ist. Sodann müssen scheinbar widersprüchliche Erwartungen und Anforderungen zusammengeführt werden. So sollen gründliche wissenschaftliche Analysen kombiniert werden mit reaktionsschnellen Debatten, soll es eine klassische Rubrik für Rezensionen aber auch die eher unkonventionelle Rubrik „Inspektionen“ geben. Insbesondere die „Inspektionen“, gedacht als dichte Beschreibungen, sind uns ein Primäranliegen, da sie die eher zentralistische Perspektive der etablierten Fachjournale um Vor-Ort-Betrachtungen ergänzen, regionale Abweichungen vom allgemeinen Trend sichtbar machen und einsetzende Wandlungen einzufangen vermögen, die aus der Vogelperspektive vielleicht noch nicht zu sehen sind. Wie auch im Falle der „Analysen“ und „Portraits“ erwarten wir uns zudem von ihnen, dass sie quasi als Kollateralnutzen die von uns anvisierte Kultur des flüssigen und pfiffigen Schreibens fördern.

Des Weiteren soll die Zeitschrift interdisziplinär angelegt sein. Die Beiträge sollen nicht auf eine politikwissenschaftliche Fachperspektive und Untersuchungsweise begrenzt bleiben, sondern es sollen interessante Ideen auch aus den angrenzenden Bereichen Geschichte, Soziologie, Philosophie, Jura aufgenommen werden, wie auch Journalisten für Themen, über die sie grundsätzlicher nachgedacht haben, ein Forum geboten werden soll. Um schließlich einerseits ein hohes Beitragsniveau zu garantieren wie andererseits das Interesse gerade neuer, junger Ideengeber für die Zeitschrift zu wecken, planen wir einen Preis für den besten Beitrag im Jahresverlauf auszuschreiben, der nicht nur inhaltlich begründet sein soll, sondern auch und gerade die stilistisch packendste und treffendste Präsentation wissenschaftlicher Ergebnisse prämiieren möchte.

#### **4. Eigene Vorarbeiten**

Die vielfach als „Göttinger Schule“ bezeichnete Politikwissenschaft in Göttingen dürfte für ein solches Zeitschriften-Projekt gut vorbereitet sein. Als in den 1990er Jahren in der Politikwissenschaft die Bezeichnung „Göttinger Schule“ aufkam, bezog sich das vor allem auf die Milieustudien der Göttinger Parteienforscher. Seit einiger Zeit wird die Bezeichnung „Göttinger Schule“ breiter verwendet, jetzt beschreibt sie die Arbeit eines Großteils der Göttinger Politik-, Parteien- und Kulturforschung insgesamt. Als Kennzeichen gilt seither nicht mehr die Beschäftigung mit Milieus an sich, sondern allgemeiner ein spezifischer Darstellungsstil, der Forschungsergebnisse für ein interessiertes fachfremdes Publikum aufarbeitet und

die Vermittlung der akademischen Erkenntnisse weit über die engen Grenzen der eigenen Disziplin in die Öffentlichkeit hinein anstrebt. Eben dies ist auch eine der zentralen Absichten, die sich mit der Zeitschrift verbinden. Die sogenannte Göttinger Schule strebt die Verknüpfung von Wissenschaft, politischer Praxis und interessierter Öffentlichkeit ganz gezielt an, verlässt bewusst die oft hermetisch abgeschlossene akademische Diskussion. Ohne die Pflege einer expressiven, offenen Sprache ist eine solche Ambition illusorisch, ebenso wenig kann man auf Pointierungen und Zuspitzungen verzichten. Urteilsfreude ist nicht nur erlaubt sondern gefragt, jede Position muss aber seriös und nachvollziehbar begründet sein. Der Verzicht auf die Flucht in komplizierte Fachtermini bedeutet nicht den Verzicht auf den sorgfältigen Umgang mit Sprache, erhellendes und anregendes Schreiben funktioniert nur mit kreativem Sprachgebrauch sowie einem gewissen literarischen Anspruch.

Zu den Anforderungen an den Duktus gesellt sich eine spezifische Vorgehensweise in der Forschungspraxis, welche schon bisher für die Forschungen aus den Reihen der „Göttinger Schule“ eine interdisziplinäre Perspektive nahelegte. In der Wahl ihrer Methoden orientieren sich die Göttinger Politikwissenschaftler an den Eigenheiten ihres Untersuchungsgegenstandes, kurz und knapp: der Politik. Politik ist nun aber ganz wesentlich Streben nach Macht, ihr Kern ist die Eroberung und Absicherung von Positionen, aus denen heraus Einfluss genommen und Entscheidungen getroffen werden können. Politik ist Handlung, der Begriff Politik beschreibt ein komplexes Geflecht von Interaktionen, Beziehungen, Kommunikationen. Und: Politik wird von Menschen gemacht. Das hat Folgen, denen die auch in der Politikwissenschaft dominanten quantifizierenden Ansätze nicht immer gerecht zu werden vermögen. Quantifizierende Analysen behaupten Regelmäßigkeit, wo menschliches Verhalten durch eigenwillige Handlungen, subjektive Interpretationen, Emotionen geprägt ist. Sie gehen von der Existenz stabiler Muster aus, wo komplexe Prozesse und Persönlichkeitsfaktoren, Unsicherheit in der Folgenabschätzung und beschränkte Gesichtskreise einen Gutteil Irrationalität und Unberechenbarkeit erzeugen. Die strenge "analytische Wissenschaftstheorie" stellt logische Kausalzusammenhänge auf, obwohl das menschliche Verhalten zu seiner Umwelt nicht in einem direkten Ursache-Wirkungs-Zusammenhang steht. Schließlich: Quantifizierende Forschungen messen das Sichtbare – formelle Herrschaftsstruktur und informelle Führung decken sich aber vielfach nicht, Entscheidungen fallen oftmals vielmehr jenseits der vorgesehenen Gremien und Positionen und bleiben

insofern unsichtbar. Dieses Wechselspiel mit seinen komplexen Abhängigkeiten, die nicht immer auf den ersten Blick erkennbar geschweige denn durch die „logische Analyse“ einer Kausalkette in den Griff zu bekommen sind, ist zentrales Forschungsobjekt der „Göttinger Schule“.

Die „Göttinger Schule“ grenzt sich folglich von der unkritischen Anwendung quantifizierender Ansätze ab, die sich in Anlehnung an naturwissenschaftliche Erkenntnisverfahren seit den 1960er Jahren auch in den Sozialwissenschaften zunehmend durchgesetzt haben. Das gilt aber nicht weniger auch für andere Methoden, sofern sie absolut gesetzt werden und sich von einem investigativen Hilfsmittel in ein analytisches Korsett verwandeln. Die Politik besitzt also erstens ihre eigenen Logiken, weshalb Skepsis zumindest bei der emphatischen Übernahme von aus den Naturwissenschaften importierten Methoden geboten erscheint, und ist zweitens eingebettet in eine gesellschaftliche Umwelt und ihren kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Entwicklungsstand, was vielfältige, die engen Fachgrenzen mühelos überschreitende Untersuchungsdimensionen erfordert. Die „Göttinger Schule“ setzt in Anbetracht eines derart vielschichtigen Gegenstandes auf die Kombination verschiedener Methoden, ignoriert auch nicht die Ergebnisse quantitativer Studien, benutzt letztere durchaus als Rohmaterial oder Ausgangspunkt ihrer primären Forschung und praktiziert letztlich einen Methodenmix, kurzum: einen die Erkenntnisse auch der mit der Politik verwandten Wissenschaftsdisziplinen kreativ nutzenden methodischen Eklektizismus.

Dies alles könnte die öffentliche Beachtung der Zeitschrift sicherstellen. Die wissenschaftliche Reputation sowie die Fachgrenzen überschreitende Ausrichtung sollen darüber hinaus durch einen mit renommierten Wissenschaftlern besetzten Redaktionellen Beirat gesichert werden. Ganz wesentlich für das Avancement der Zeitschrift zu einem Leitmedium in der Politikwissenschaft ebenso wie bei politischen Praktikern ist zudem ihre enge Kopplung an das neue „Institut für Demokratieforschung“.

## **5. Internationale Beispiele**

Der Blick in die Vereinigten Staaten zeigt, dass der mit unserer Zeitschrift verfolgte Ansatz zukunftsweisend ist. Die Politikwissenschaft steht dort vor denselben Problemen wie in Deutschland. Jedenfalls: Der US-amerikanische Politologe Lawrence M. Mead sieht für seine Disziplin einen krisenhaften Trend der

selbstbezogenen Spezialisierung, eine verhängnisvolle Rückkehr zum mittelalterlichen Gelehrtentum:<sup>1</sup> Politikwissenschaftler würden ihre Beobachtung und Erkenntnisse auf wenige, kaum relevante Probleme verengen, sich auf mäßig erhellende Methodenprobleme versteifen und sich in abgeschottete Cliques zurückziehen. Kaum ein Forscher spüre mehr mit journalistischer Emphase drängenden Problemen nach, viele referierten monoton die immer gleichen Daten und Texte. Die US-amerikanische Politikwissenschaft habe infolgedessen enorm an Erkenntnisreichtum verloren und den Kontakt zur außerhalb der Wissenschaft liegenden Wirklichkeit verloren. Für ein interessiertes Publikum sei sie infolgedessen nicht mehr verständlich.

Doch haben sich in jüngster Zeit einige US-amerikanische Politikwissenschaftler zu einer Bewegung formiert, die sich gegen dieses Defizit einer mangelnden Öffentlichkeitsorientierung und eines unzureichenden Erkenntnisinteresses stemmt. Daraus entstand auch eine Zeitschrift, die *Perspectives on Politics*, die inzwischen zu den beiden führenden Fachzeitschriften zählt und mittlerweile selbst von ihren ursprünglichen Gegnern aus dem amerikanischen Politologenverband APSA anerkannt wird. Ihr Ideal besteht in einer Kombination aus lebendigem Schreiben, origineller Erkenntnis zu relevanten Themen und der Anbindung des Fachs an eine möglichst breite Öffentlichkeit. Mit dieser Zeitschriftengründung verfolgt ein wachsender Zweig der US-amerikanischen Politikwissenschaft das Ziel, statt wiedergekäuter Darstellungen zu abgegrasteten Themen kreativen Autoren – die im Übrigen nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus Politik und Journalismus kommen – ein Publikationsforum zu bieten. Die *Perspectives on Politics* wollen mit ihren Texten die öffentliche Diskussion beleben, Lesegenuss bereiten und auf diese Weise Politikwissenschaft über den Campus hinaustragen.

---

<sup>1</sup> Siehe Mead, Lawrence M.: Scholasticism in Political Science, in: *Perspectives on Politics*, Jg. 8 (2010) H. 2, S. 453-464.